

(KW 45)

Politik mit Prioritäten statt Schönrechnerei

Der Landtag debattierte am 9.11.2016 über den Länderfinanzausgleich. Eine grundlegende Reform der Bund-Länder-Finzen war und ist absolut notwendig. Die Überschwänglichkeit, mit der Ministerpräsidentin Kraft das Ergebnis der Verhandlungen präsentiert, ist jedoch unangebracht. Frau Kraft versucht Nordrhein-Westfalen als zukünftiges Geberland zu vermarkten, obwohl die Zahlen und Fakten eine andere Sprache sprechen. Nordrhein-Westfalen erhält zukünftig 113 Millionen Euro aus der Umsatzsteuer-Umverteilung als Zuschlag. Damit wäre Nordrhein-Westfalen weiterhin Nehmerland. Der Finanzminister scheint das zu ahnen und hat daher bereits erklärt, dass die Einteilung in Nehmer- und Geberland mit der Einigung ohnehin entfalle. Die Landesregierung verstrickt sich in ihrer eigenen PR-Rhetorik.

Rot-Grün hat immer noch nicht verstanden, dass die Wirtschafts- und Finanzkraft von Nordrhein-Westfalen nicht mit Schönrechnerei steigt, sondern nur durch eine Kurskorrektur in der Politik für unseren Wirtschaftsstandort. Und die Ministerpräsidentin muss in Berlin kämpfen, wenn es drauf ankommt. Doch auch hier Fehlanzeige, wie die Debatte um den Klimaschutzplan 2050 zeigt: Gegen den De-Industrialisierungskurs der von Frau Kraft entsandten Bundesumweltministerin Hendricks in Berlin kämpft die Union alleine mit den Gewerkschaften und Wirtschaftsverbänden. Wer hochwertige Industriearbeitsplätze erhält, muss sie sich für seine Wahlkampf rhetorik nicht herbeirechnen.

Zu einem selbstbewussteren Auftritt unseres Bundeslands gehört auch, dass die Länder keine weiteren Kompetenzen an den Bund abtreten. Die jüngste Verschiebung ist auch eine Folge der jahrelangen Schuldenpolitik, die uns bei Verhandlungen in eine schwache Position bringen. Nordrhein-Westfalen muss dafür sorgen, dass der Landtag und die Landesregierung die Geschicke unseres Bundeslandes auch in der Zukunft noch selbstbestimmt lenken können.

Anspruchslos, machtlos, ahnungslos – Groschek kapituliert vor den Folgen seiner eigenen Unfähigkeit und Untätigkeit

Minister Groschek hat vor der Verkehrssituation in Nordrhein-Westfalen kapituliert. Als zuständiger Minister das unerträgliche Stauchaos auf der A1 bei Leverkusen mit dem Mauerfall in Berlin in Verbindung zu bringen, ist der neuester Höhepunkt der immer groteskeren Rhetorik des Ministers und Ausdruck völliger Hilflosigkeit. Groschek zeigt sich machtlos gegenüber einer Situation, die Rot-Grün durch jahrelange Untätigkeit seit der Regierungsübernahme im Jahr 2010 zugelassen hat.

Der Minister blieb auch in der Plenardebatte am 10.11.2016 die von der CDU verlangten Antworten schuldig. Wie er dem Chaos Herr werden will, sagte er nicht. Das ist die Ankündigung an alle, die auf den Autobahnen um Leverkusen unterwegs sind, dass sie auch in den kommenden Jahren dort im Stau stehen werden. In einem immer unverständlicher werdenden Gegensatz von Fremd- und Selbstwahrnehmung klopfte sich der Minister öffentlich auf die Schulter und erklärte seine Anwesenheit bei der Einweihung der Sperranlage als heroisches Zeichen, dass er sich nicht aus der Verantwortung stiehlt. Verantwortung zu tragen heißt aber, Antworten zu geben. Hier gilt nach heute: Fehlanzeige. Arbeitgeber, Arbeitnehmer, Anwohner und Reisende können von der Regierung Kraft zurecht verlangen, dass sie mehr unternimmt, als schulterzuckend die bis zu 400 Kilometer Stau an den Vormittagen hinzunehmen. Die Kritik an den unhaltbaren Zuständen als Populismus abzutun, verdreht die Dinge vollends: Probleme nicht mehr zu benennen, sondern schönzureden – das hilft den Populisten.

Wirtschaftsfeindliche Flächenbegrenzung trotz Waldzuwachs

Der vorliegende Entwurf des Landesentwicklungsplans ist umweltpolitisch unnötig und wirtschaftspolitisch unsinnig. Das wurde in der Anhörung im Landtag deutlich. Dieser beschränkende Landesentwicklungsplan fördert kein wirtschaftliches Wachstum, sondern bewirkt eine schleichende De-Industrialisierung unseres Landes. Viele Betriebserweiterungen und Neuansiedlungen werden durch den vorliegenden Entwurf faktisch unmöglich gemacht.

Dabei sind die geplanten Restriktionen der rot-grünen Landesregierung gar nicht notwendig. Seit 1995 ist die Waldfläche in Nordrhein-Westfalen um 45.258 Hektar, die Grünfläche um 23.751 Hektar, die Heidefläche um 1.036 Hektar und die Moorfläche um 443 Hektar angewachsen. Dagegen hat die Wirtschaft seit 2010 in Nordrhein-Westfalen knapp 3.800 Hektar Fläche ersatzlos verloren. Der Entwurf muss dringend überarbeitet werden.

Schweigen von Frau Kraft zur De-Industrialisierungspolitik von Frau Hendricks ist unbegreiflich

Der Wohlstand Nordrhein-Westfalens beruht zu großen Teilen auf unserer starken Industrie. Vor allem in den Schlüsselindustrien Chemie und Metallherzeugung ist Nordrhein-Westfalen stark. Diese Industrien sind Ausgangspunkt zahlreicher Wertschöpfungsketten und damit Garant für gutbezahlte und sichere Industriearbeitsplätze in Nordrhein-Westfalen.

Es ist das gemeinsame Anliegen der Gewerkschaften und der CDU Nordrhein-Westfalen, die internationale Wettbewerbsfähigkeit unserer Industrie dauerhaft zu erhalten.

Der von SPD-Bundesumweltministerin Renate Hendricks entwickelte Klimaschutzplan kommt in seiner jetzigen Form einem Anschlag auf den Industriestandort Nordrhein-Westfalen gleich: Der Ausstieg aus der Kohleverstromung soll durch Technik- und Abbauverbote erzwungen werden. Das trifft Zehntausende Arbeitsplätze in unserer Energiewirtschaft. Der Emissionshandel droht durch politisch festgelegte Preise von einem effizienten marktwirtschaftlichen zu einem planwirtschaftlichen Instrument zu werden. Das trifft Arbeitsplätze in unserer Stahlindustrie. Und eine intransparente Kommission bei der Ministerin soll diese Maßnahmen durchsetzen.

Das lehnt die CDU-Landtagsfraktion an und setzt sich deshalb gemeinsam mit Gewerkschaften und den Unternehmen aus Nordrhein-Westfalen in Berlin für realistische Ziele, pragmatische Lösungen und eine europäische Ausrichtung des Klimaschutzplans ein.

Es ist unbegreiflich, dass Frau Kraft in dieser Situation schweigt. Mehr noch: Nach Aussage der von ihr nach Berlin entsandten Bundesumweltministerin sind die Pläne mit der rot-grünen Landesregierung abgestimmt.

Nachdem Frau Kraft die Industrie durch Fehlentscheidungen in der Landespolitik massiv belastet hat, lässt sie unsere Arbeiter und Unternehmen nun auch in Berlin im Regen stehen. Die jüngsten Zahlen von IT-NRW, wonach der Umsatz der NRW-Industrie in den ersten neun Monaten dieses Jahres noch einmal um 1,4 Prozent niedriger ist als im Nullwachstum-Jahr 2015, sind ein Alarmzeichen. Aber das scheint die Ministerpräsidentin genauso wenig zu erreichen wie die Brandbriefe der Betriebsräte im Land.

Ideologische Scheuklappen helfen nicht beim Kampf gegen den Klimawandel

Umweltminister Rammel hat sich auch in dieser Woche wieder zum alleinigen Klimaretter aufgespielt. Der Klimawandel lässt sich jedoch nicht mit ideologischen Scheuklappen bekämpfen. Nordrhein-Westfalen hat als einzelnes Bundesland nur geringe Möglichkeiten, das Weltklima aktiv zu beeinflussen. Mit dem vorgelegten

Klimaschutzplan, der zukünftig für die Industrie auch rechtsverbindliche neue Verbote und Auflagen vorsieht, kann Nordrhein-Westfalen nichts erreichen. Jede Tonne Stahl, die in Nordrhein-Westfalen unter den hiesigen Bedingungen produziert wird, bringt mehr für den Klimaschutz als Billigstahl aus Indien und China. Dort herrschen nicht nur deutlich schlechtere Arbeitsbedingungen, sondern auch erheblich niedrigere Umweltstandards.

Die Als CDU-Landtagsfraktion setzt sich dafür ein, dass in Nordrhein-Westfalen durch passende Anreize Innovationen in neue und klimafreundliche Produktionstechniken fördern und eine investitionsfreundliche Standortpolitik schaffen. Nordrhein-Westfalen braucht weniger Verbote der Landesregierung gegen unsere Wirtschaft. Genau diese Verbote hemmen die Innovationskraft, die Nordrhein-Westfalen benötigt, um neue innovative Produkte für den globalen Klimaschutz zu entwickeln.

Zudem ist es erschreckend, dass der Umweltminister erst dann handelt, wenn ihn ein Bericht dazu auffordert. Die CDU-Landtagsfraktion hat in den letzten Jahren bei den Haushaltsberatungen immer wieder eine Erhöhung der finanziellen Mittel für den Ausbau des Hochwasserschutzes um zusätzliche 15 Millionen Euro gefordert. Dieser präventive und nachhaltige Ansatz wurde bislang von SPD und Grünen abgelehnt. Erst die schweren Überschwemmungen in diesem Jahr haben die Landesregierung zum Handeln gezwungen. Im neuen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr wurde die Forderung der CDU-Landtagsfraktion aufgenommen und nun finden sich die 15 Millionen Euro in den von uns geforderten Haushaltstiteln wieder. Angesichts dieser Geschichte erscheint es mindestens seltsam, wenn Herr Rimmel sich als Vorreiter feiert.

Naturschutz gelingt nur zusammen

Der Landtag hat mit rot-grüner Mehrheit das Landesnaturschutzgesetz verabschiedet. Dem Naturschutz ist damit allerdings nicht geholfen. Denn er kann nur dann erfolgreich sein, wenn man ihn mit den Betroffenen zusammen macht und nicht gegen sie. Die CDU-Fraktion erkennt die Arbeit der Landwirte, Waldbesitzer, Gärtner, Jäger, Angler, Imker für den Naturschutz ausdrücklich an. Genau diejenigen, die zum Teil schon seit Generationen in der Natur und mit der Natur arbeiten, die die heimische Landschaft pflegen und die für Biodiversität sorgen, wollen wir weiterhin für den Naturschutz gewinnen. Dazu muss der künstliche Gegensatz zwischen Schützern und Nutzern endlich überwunden werden.

Wer aber Menschen unter Generalverdacht stellt, wie es die Landesregierung seit ihrem Amtsantritt macht, darf sich nicht wundern, dass immer weniger bereit sind, geschützte Tierarten zu melden oder sich an Umweltprogrammen zu beteiligen. Nur wer die Menschen begeistert, ihre Herzen für die Schönheit und den Schutz der Natur gewinnt, der erreicht etwas für die Natur – mit der rot-grünen Politik und mit diesem Gesetz erreicht man genau das Gegenteil.

Insgesamt hatte die CDU-Landtagsfraktion 60 Änderungsvorschläge in ihren Änderungsantrag vorgelegt. Sie sehen unter anderem auch die Stärkung der Kommunen vor, die sich über das massive Misstrauen des Umweltministeriums gegenüber ihrer Arbeit beklagt hatten. Sie sind vor Ort die entscheidenden Partner bei der Umsetzung des Naturschutzes. Die Kommunen brauchen mehr Handlungsfreiheit und nicht immer neue Bürokratie. Weiterhin soll in jedem Kreis eine Biologische Station eingerichtet werden, die von Kommunen, Naturschutz und Landwirtschaft gemeinsam getragen wird. Den Naturschutzbeirat wollen wir zu einem echten Beratungsgremium für die unteren Naturschutzbehörden umgestalten. Alle Verbände, die in der Natur agieren, müssen an einen Tisch; also Naturschützer genauso wie u.a. Landwirte, Reiter, Jäger, Angler, Förster und auch der Landesverband Erneuerbare Energien.

Ökologisch notwendige Ausgleichsmaßnahmen sollen vorrangig in qualitativen Verbesserungsmaßnahmen erfolgen, statt stur landwirtschaftliche Fläche in Anspruch zu nehmen. Die CDU-Fraktion will die sogenannte 1:1-Regel beibehalten. Land- und forstwirtschaftliche Grundstücke gehören zuerst in die Hand der Bewirtschafter. Wenn der Staat im Ausnahmefall das Vorkaufsrecht ausübt, dann soll dies nur dann möglich sein, wenn es zur Umsetzung von Naturschutzziele absolut erforderlich ist, zum Beispiel zur Umsetzung des Landschaftsplans. Die Unionsfraktion will nicht, dass das Land und die Naturschutzverbände den Landwirten ihre Flächen sozusagen unter den Füßen wegkaufen können.

Was gute landwirtschaftliche und forstliche Praxis ist, muss nach den neuesten wissenschaftlichen und praktischen Erkenntnissen festgelegt werden und nicht aus der Schublade des grünen Ministeriums. Statt die Bewirtschafter mitzunehmen und ihr Vertrauen zu gewinnen, baut die Landesregierung durch das neue Gesetz einen Gegensatz auf.

Kooperation vertiefen, um Innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu stärken

Damit Nordrhein-Westfalen weg kommt von den Schlusslichtplätzen, muss sich das Land erfolgreiche Bundesländer zum Vorbild nehmen. Im Bereich der Inneren Sicherheit gilt das in besonderem Maße für Hessen. Hessen ist eines der sichersten Länder in ganz Deutschland. 2015 wurden dort so viele Straftaten aufgeklärt wie nie zuvor. Die Aufklärungsquote lag bei 59,9 Prozent und damit deutlich vor derjenigen in Nordrhein-Westfalen von 49,6 Prozent. Die schrecklichen Ereignisse der Kölner Silvesternacht 2015, Berichte über rechtsfreie Räume im Ruhrgebiet und ein neues Rekordniveau bei der Anzahl von Wohnungseinbrüchen haben das Sicherheitsgefühl vieler Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen nachhaltig geschädigt. Um das Vertrauen der Menschen wieder zurückzugewinnen, muss der Rechtsstaat gestärkt werden. Viele unserer Forderungen – die Einführung von body cams, Schleierfahndung und Videoüberwachung an kriminalitätsbegünstigenden Orten – sind in Hessen längst Realität.

Neben der Bundestagswahl ist die Landtagswahl hier im bevölkerungsreichsten Land von größter Bedeutung. Dieses starke Land verdient einen starken Auftritt in Berlin. Aber die Landesregierung von Frau Kraft duckt sich immer wieder im Bundesrat vor wichtigen Entscheidungen weg – wie das Beispiel der Ausweitung der sicheren Herkunftsstaaten auf die Maghreb-Staaten zeigt. Nordrhein-Westfalen hat mehr verdient als eine Ministerpräsidentin, die das Land nicht führen will und um der Macht willen auch vor einem Bündnis mit der Linkspartei nicht zurückschreckt.

Plakate ersetzen keine Politik

Dass Innenminister Jäger künftig mit einer neuen Werbekampagne das ehrenamtliche Engagement bei den Feuerwehren steigern möchte, ist ein weiterer PR-Gag des Ministers. Herr Jäger versucht auf diese Weise offenbar zu kaschieren, dass die rot-grüne Landesregierung im kommenden Jahr erneut erhebliche Einschnitte bei den Fördergeldern für die Freiwilligen Feuerwehren plant.

Nach dem Haushaltsentwurf der rot-grünen Landesregierung für das Jahr 2017 sollen nämlich nicht nur die Landeszuschüsse an die Gemeinden zur Förderung der Feuerschutzes und der Hilfeleistung um 10 Millionen Euro reduziert werden. Auch die Unterstützung für das Projekt „Förderung des Ehrenamtes in den Feuerwehren“ wird nach dem Willen der Regierung Kraft im kommenden Jahr um weitere 740.000 Euro auf nur noch 260.000 Euro zusammengestrichen. Bereits im Jahr 2016 war bei diesem Projekt eine deutliche Mittelkürzung um 1,7 Millionen vorgenommen worden. Wenn die rot-grüne Regierungsmehrheit diesen Planungen zustimmt, wird das Land im Jahr 2017 damit weniger als ein Zehntel des Betrages zur Förderung ehrenamtlicher Feuerwehrtätigkeit ausgeben, den es noch im Jahr 2015 veranschlagt hatte. Diese ehrenamtsfeindliche Politik der rot-grünen Landesregierung bedroht zunehmend den Brandschutz in Nordrhein-Westfalen.

Zusammenhalt der Gesellschaft verlangt klare Antwort des Rechtsstaats auf Gewalt

Die Landesregierung hat sechs Jahre für die Umsetzung der Aktion „Woche des Respekt“ gebraucht. In dieser Zeit hat die CDU-Landtagsfraktion insgesamt acht Initiativen zu diesem sensiblen Thema in den Landtag eingebracht, um dauerhaft einen respektvollen Umgang in unserer Gesellschaft zu schaffen. SPD und Grüne haben alle abgelehnt, ohne selbst aktiv zu werden.

Die CDU-Landtagsfraktion hat aktuell einen Antrag beschlossen, der verstärkt Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes und vor Gewaltschützen soll. Der Antrag wird in der kommenden Plenarsitzung am 30.11. bis 2.12.2016 in den Landtag eingebracht. Denn Gewalt und Übergriffe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes sowie Kommunalpolitiker dürfen nicht bagatellisiert, sondern müssen streng und konsequent geahndet werden. Die bisherigen Maßnahmen einzelner Behörden

und Kommunen sind in ihrer Ausprägung sehr unterschiedlich und nicht aufeinander abgestimmt. Es ist vor allem die Erarbeitung eines ganzheitlichen Sicherheitskonzepts für die Landesverwaltung notwendig, an dem sich auch Kommunen auf freiwilliger Basis beteiligen können.

Es darf nicht länger so sein, dass diejenigen, die unseren Staat täglich repräsentieren und schützen, von der Landesregierung weitestgehend schutzlos allein gelassen werden. Dass Polizisten, Feuerwehrleute, Rettungssanitäter, Mitarbeiter in Sozialämtern, Jobcentern oder sogar Notfallaufnahmen in Krankenhäusern fast täglich Opfer von grundloser Gewalt und Aggression werden, verlangt eine klare Antwort des Rechtsstaats. Nulltoleranz gegenüber Gewalt ist ein Pfeiler für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in unserem Land.

Landesregierung bekennt sich kraftvoll zur Umgehung der Schuldenbremse

Rot-Grün lehnt eine echte Schuldenbremse ab. Die Landesregierung Kraft will lieber heute das Geld der Steuerzahler ausgeben und darüber hinaus noch Kredite aufnehmen, als für morgen vorzusorgen. Das traurige Ergebnis jahrzehntelanger Schuldenpolitik kennen wir alle: Nordrhein-Westfalen ist ein Schuldenland. In der Summe haben wir fast 144 Milliarden Euro Schulden. Hierfür hat die CDU-Fraktion in der Summe bereits 136 Milliarden Euro für Zinsen ausgegeben. Schulden sind keine präventive Politik, sondern ungerecht. Rot-Grün lebt auf Kosten unserer Kinder und Enkel. Die Landesregierung lässt unsere Kinder im Stich mit den Schulden, Zinsen und Lasten von morgen.

Die CDU-Landtagsfraktion ist nach wie vor der Ansicht, dass die hohen Hürden für eine Verfassungsänderung ein Verschuldungsverbot am wirksamsten absichern würde. Eine einfach-gesetzliche Regelung kann leicht geändert werden. Die Landesverfassung nicht. Das weiß auch die Schuldenkoalition aus SPD und Grünen. Die CDU-Landtagsfraktion hält weiterhin an einem strikten Neuverschuldungsverbot des Landes fest. Die Vorstellung von einer Schuldenbremse hat die Unionsfraktion in der Verfassungskommission bereits präsentiert. Diese Regelung war der Koalition viel zu streng. Rot-Grün will eine Schuldenbremse, die löchrig ist wie ein Schweizer Käse. Nur mit einem verfassungsrechtlich verankerten Neuverschuldungsverbot wird eine nachhaltige und generationengerechte Finanzpolitik dauerhaft gewährleistet.

Rot-Grün kommt bei Frauenförderung nicht zur Vernunft

SPD und Grüne halten trotz der eindringlichen Bedenken der Interessenvertretungen und Gewerkschaften an dem unsinnigen Gesetz in der Plenardebatte fest. Alle Appelle bleiben ungehört. Gebetsmühlenartig wiederholt die Landesregierung ihre Behauptung, dass Frauen bei schlechterer Leistung nicht bevorzugt werden. Alle wissen, dass dem in der Realität nicht so ist.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, die verfassungswidrige Regelung sofort gesetzlich außer Kraft zu setzen, den alten Zustand wieder herzustellen und parallel eine wirksame verfassungskonforme Frauenförderung zu erarbeiten. Dieser Auffassung hat sich auch die FDP angeschlossen. Es bleibt zu hoffen, dass spätestens das erste Urteil des Oberverwaltungsgerichts, das wohl im Frühjahr 2017 zu erwarten ist, bei der rot-grünen Regierung eine deutliche Kurskorrektur erzwingt: Weg von reiner Ideologie, weg vom Verfassungsbruch und Schluss mit der Beratungsresistenz.

Kommunen dürfen bei der Integration von Flüchtlingen finanziell nicht alleine gelassen werden

Nordrhein-Westfalens Kommunen können Integration. Aber das funktioniert nicht zum Nulltarif, darauf hat der nordrhein-westfälische Städtetag berechtigterweise hingewiesen. Das Gelingen von Integration entscheidet sich vor Ort. Deshalb müssen Städte und Gemeinden finanziell in die Lage versetzt werden, diese Aufgabe erfolgreich meistern. Deshalb dürfen die Kommunen nicht auf den Integrationskosten für Flüchtlinge sitzenbleiben.

Städte und Gemeinden schaffen zusätzliche Personalstellen und müssen weitere einplanen, um die soziale Betreuung sicherzustellen und die ordnungsgemäße Verwaltung zu gewährleisten. Hier ist die Landesregierung in der Pflicht, den Kommunen finanziell zu unterstützen. Der Bund stellt den Ländern insgesamt 2 Milliarden Euro für die Jahre 2016 bis 2018 für Integrationsmaßnahmen zur Verfügung. Nordrhein-Westfalen erhält davon 434 Millionen Euro pro Jahr. Andere Bundesländer wie Bayern oder Baden-Württemberg entlasten ihre Kommunen bereits seit Jahren auch bei der Aufgabe der Unterbringung und Integration von anerkannten Asylbewerbern.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert daher, dass die Mittel des Bundes den Kommunen als Kommunale Integrationspauschale zur Verfügung gestellt werden. Es reicht nicht aus, einen wortreichen Integrationsplan aufzustellen. Diese muss diesen auch finanziell unterfüttert werden, dafür ist die Bundeshilfe zu nutzen. Die Gelder des Bundes dürfen nicht im Landeshaushalt versickern.

Die Landesregierung darf nicht nur Wünsche äußern, sondern muss auch sagen, wie es bezahlt werden soll. Bislange unternimmt die Landesregierung zu wenig, die Kommunen bei der Integration finanziell zu entlasten. Denn was die geplanten Maßnahmen in Nordrhein-Westfalen das Land und die Kommunen kosten und wie sie bezahlt werden sollen, ist weiterhin offen.

Rot-Grüner Stärkungspakt - Reform statt „Weiter so“

Rot-Grün will angeblich die Kommunen stärken – mit der dritten Stufe des Stärkungspaktes machen SPD und Grüne genau das nicht. Im Gegenteil: Rot-Grün hat heute das bundesweit schärfste Steuererhöhungsprogramm der Grundsteuer B und der Gewerbesteuer weiter ausgeweitet. Alle bisher 61 teilnehmenden Städte und Gemeinden mussten aufgrund des Stärkungspakts ihre Bürgerinnen und Bürger massiv mit einer drastisch erhöhten Grundsteuer B belasten. Jetzt kommen fünf weitere Kommunen zu den 61 dazu. Auch diese fünf Gemeinden werden nun Steuererhöhungen auf den Weg bringen müssen.

Der Grundfehler des Paktes bleibt bestehen: Das Problem der massiven Verschuldung wird völlig ignoriert, obwohl allein die Kassenkredite der 61 Stärkungspakt-Kommunen sich seit dem Jahr 2011 um mehr als 850 Millionen Euro erhöhten. Gleichzeitig belastet die Landesregierung sämtliche Kommunen in Nordrhein-Westfalen durch die Ko-Finanzierung des Stärkungspaktes. Über den ungerechten Kommunal-Soli und Abzüge beim kommunalen Finanzausgleich tragen die Kommunen mittlerweile mehr als 40 Prozent der Summen, die das Land über den Stärkungspakt verteilt.

Das Ziel des Stärkungspaktes muss sein, nicht nur einen Konsolidierungspfad für bereits aktuell überschuldete Kommunen aufzuzeigen, sondern Hilfen frühzeitig auch für diejenigen Städte und Gemeinden zur Verfügung zu stellen, die ansonsten in die Überschuldung abzurutschen drohen. Je früher Hilfemaßnahmen ansetzen, desto effektiver sind sie.

Letztlich genügt auch der um lediglich fünf Kommunen erweiterte Stärkungspakt nicht den Notwendigkeiten, die zur Lösung der kommunalen Finanzkrise erforderlich sind. Denn finanzielle Schwierigkeiten haben nicht nur die nunmehr 66 Stärkungspaktkommunen, sondern auch zahlreiche Kommunen, die derzeit nicht vom Stärkungspakt profitieren. Der Stärkungspakt braucht eine grundlegende Reform und kein „Weiter so“.

newPark: Rot-Grün behindert die Ansiedlung von bis zu 8.250 neuen Arbeitsplätzen in der Emscher-Lippe-Region

Wer Gründe dafür sucht, warum Nordrhein-Westfalen beim Wirtschaftswachstum bundesweites Schlusslicht ist, muss auf die Verhinderungspolitik der Landesregierung beim NewPark schauen. Die gravierenden Folgen der jahrelangen rot-grünen Blockadepolitik sind nun auch amtlich bestätigt: Nach Auskunft der newPark-Geschäftsführung haben allein in den letzten acht Monaten Unternehmen Flächen in einer Größenordnung von 130ha auf dem Gelände der newPark GmbH nachgefragt. Die Unternehmen hätten auf der Fläche 6.250 bis 8.250 neue Arbeitsplätze geschaffen. Arbeitsplätze, die in der Region mit aktuell knapp 55.000 Arbeitslosen dringend gebraucht würden.

Eine Ansiedlung ist dort allerdings aktuell nicht möglich, da für die Fläche immer noch kein Planungsrecht vorliegt. Jetzt rächt sich, dass die rot-grüne Landesregierung seit Jahren nichts unversucht lässt, um das Projekt newPark zu verhindern. So hatte beispielsweise Wirtschaftsminister Duin erst die sicher geglaubte Landesbürgschaft für den newPark über Monate verzögert und dann im Sommer 2014 - für alle Beteiligten überraschend - verweigert. Anschließend hatte Umweltminister Remmel im Sommer 2015 die Bemühungen der Kommunen, den newPark in Eigenregie zu realisieren, hintertrieben und den Verkauf der Fläche an die Kommunen versucht zu verhindern. Die Interessen der Menschen in der Region werden seit Jahren dem Koalitionsfrieden geopfert. Vor diesem Hintergrund ist es ein Hohn, wenn die SPD-Minister Duin und Groschek nun die Durchgrünung der Gesellschaft beklagen. Sie haben sie selbst über Jahre betrieben.

Eine Realisierung des newParks ist jedoch nicht nur für die Emscher-Lippe-Region von zentraler Bedeutung. Die Verwirklichung des newParks ist dringend nötig, um die schleichende De-Industrialisierung des Landes aufzuhalten. Laut amtlicher Statistik sind in Nordrhein-Westfalen seit 2010 3.789 ha Industrie- und Gewerbefläche ersatzlos verloren gegangen. Dies entspricht der aufaddierten Fläche der drei Chemparks in Leverkusen, Dormagen und Krefeld, des ThyssenKrupp-Stahlwerks in Duisburg, des Evonik-Chemiepark in Marl, der Shell-Raffinerie in Wesseling/Godorf, dem Hüttenwerk Krupp-Mannesmann in Duisburg, des Chemiepark Knappsack in Hürth sowie der Fordwerke in Köln mit über 93.000 Arbeitsplätzen.

Wenn die Industrie an Rhein und Ruhr wieder zur Wachstumslokomotive werden soll, braucht sie Fläche. Wie dramatisch die Entwicklung jedoch ist, hat das Statistische Landesamt erst gestern bescheinigt: Allein in den ersten 9 Monaten des Jahres 2016 ging der Umsatz der nordrhein-westfälischen Industrie um 1,4% zurück – und das im Vergleich zum Vorjahr 2015, dem Jahr mit Null-Wachstum in Nordrhein-Westfalen.

Nordrhein-Westfalen braucht endlich eine wirtschaftspolitische Kehrtwende, die Wachstum und Beschäftigung in den Fokus nimmt.

Unverantwortliche Verharmlosung der Suizide im Strafvollzug

Kutschatys Kommentar zur Häufung von Suiziden im nordrhein-westfälischen Strafvollzug ist geschmacklos. Der Minister verharmlost damit das Problem der sich häufenden Selbstmorde in seinem Verantwortungsbereich. Diese Relativierung ist eines Justizministers unwürdig. Der Minister hatte in der letzten WESTPOL-Sendung zum 16. Häftlings-Suizid im laufenden Jahres lapidar erklärt, dass sei ein kleiner Teil eines gesamtgesellschaftlichen Problems.

Ist die hohe Zahl der Selbstmorde in seinem Verantwortungsbereich für den Minister eine zu vernachlässigende Größe? Fest steht: Die Probleme für ihn werden größer. In Detmold wurde diese Woche der 17. Häftlings-selbstmord festgestellt. Die Anzahl der Suizide im NRW-Strafvollzug im laufenden Jahr sind damit auf den höchsten Stand seit 2008 geklettert.

Was sagt die Ministerpräsidentin dazu? Wie will sie mit diesem Minister Aufklärung und Aufarbeitung sicherstellen? Ganz offensichtlich hat Herr Kutschaty kein Gespür dafür, wie seine Äußerungen auf die Angehörigen der Opfer oder die JVA-Bediensteten wirken müssen, die einen toten Häftling in seiner Zelle auffinden. Hinzu kommt, dass der Staat eine Schutzpflicht für das Leben von Personen hat, die sich in seiner Obhut befinden. Offenbar will Kutschaty mit seinen irritierenden Interview-Aussagen davon ablenken, dass die Anzahl der Suizide im NRW-Strafvollzug im laufenden Jahr einen traurigen Höchststand erreicht hat.

Die CDU-Fraktion wird die erneuten Häftlings-Selbstmorde deshalb zum Anlass nehmen, einen ausführlichen schriftlichen Bericht der Landesregierung für die Sitzung des Rechtsausschusses am 23.11.2016 zu beantragen.

Traurige Bilanz einer konzeptlosen rot-grünen Nahverkehrspolitik

Der Entwurf des neuen ÖPNVG-Gesetzes ist die traurige Bilanz einer konzeptlosen rot-grüner Nahverkehrspolitik. Die Sachverständigen in der Expertenanhörung im Landtag, insbesondere die kommunalen Spitzenverbände, Verkehrsverbände und Fahrgastverbände, sparten nicht an Kritik an der Landesregierung.

Die Landesregierung lässt die Städte bei der dringend notwendigen Sanierung von Straßenbahnstrecken und U-Bahn-Tunneln im Stich. Der Verband Deutscher Verkehrsunternehmen beziffert den Sanierungsstau von U- und Straßenbahnen in Nordrhein-Westfalen auf über 2 Milliarden Euro. Niemand mag sich vorstellen, was passiert, wenn demnächst eine U-Bahn in einer Großstadt aus Sicherheitsgründen stillgelegt werden muss und sich Verkehr auf die Straße verlagert. Uralte Bahnen und marode U-Bahn-Tunnel sind die traurige Realität in unseren Städten: Rot-Grün muss endlich aufwachen.

Rot-Grün nimmt im Gesetzentwurf die Mittelkürzungen pünktlich zum Wahltermin 2017 zurück. Allein den Stadtbahnen hatte Rot-Grün seit 2012 rund 150 Millionen Euro entzogen, die dringend für die Sanierung der Strecken und Sicherheitssysteme benötigt wurden. Antworten auf die Herausforderungen des demographischen Wandels auf dem Land für den Nahverkehr sucht man im Gesetzentwurf vergebens.

Rot-Grün verweigert die Absicherung der Schnellbuslinien für den ländlichen Raum. Die Landesregierung lässt die Kreise mit der Finanzierung der Schnellbuslinien komplett im Regen stehen. Dabei erfüllt der Schnellbus als „Regionalbahn auf Gummirädern“ ganz eindeutig Bahnfunktionen und muss daher wie eine Regionalbahn vom Land finanziert werden, so die mehrheitliche Meinung der Experten. Auch von der seit Jahren seitens der CDU geforderten stärkeren Förderung der Bürgerbusvereine ist im Gesetzentwurf keine Spur. Seit Regierungsantritt hat die Regierung-Kraft die Mittel für die ehrenamtlichen Busvereine eingefroren. Das ist eine grobe Missachtung der wichtigen Arbeit der 4000 ehrenamtlichen Busfahrer im ganzen Land. Aber auch für unsere Städte bleibt Rot-Grün Lösungen für Bus und Bahn schuldig.

Kürzere Bearbeitungszeiten – schneller Wohnraum schaffen

Nordrhein-Westfalen braucht mehr Wohnungen. Doch statt Wohnungsbau zu beschleunigen steht Rot-Grün auf der Bremse und lehnt einen entsprechenden Antrag im Plenum ab. Denn um schneller Wohnraum in Nordrhein-Westfalen zu schaffen, muss die Bearbeitungszeit von Bauanträgen deutlich verkürzt werden. Verzögerungen durch monatelange Bearbeitung lähmen nicht nur den Wohnungsmarkt. Sie treiben auch die Baukosten in die Höhe. Daher ist es zwingend erforderlich, dass Bauanträge verpflichtend innerhalb einer Frist von zwei Monaten beschieden werden, in vereinfachten Baugenehmigungsverfahren innerhalb eines Monats. SPD und Grüne verweigern sich erneut und tragen daher weiterhin die Verantwortung, dass der Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen nicht vom Fleck kommt.

Die Bearbeitungszeiten für Bauanträge sind in Nordrhein-Westfalen viel zu lang. Noch bevor der Bau beginnt, geraten die Projekte schon auf die lange Bank. CDU und FDP zielten mit ihrem Antrag auf einen Schwachpunkt, der den Wohnungsbau in Nordrhein-Westfalen massiv beeinträchtigt. Es gibt Städte in Nordrhein-Westfalen, in denen die Bearbeitung der Bauanträge sechs bis acht Monate dauert. Diese Zeitverzögerungen bei Genehmigungen sind weder dem Baugewerbe noch den Bauherren länger zuzumuten. Sie schaden der Wohnungswirtschaft und den Wohnungssuchenden in Nordrhein-Westfalen gleichermaßen.

Die CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, die Landesbauordnung dahingehend zu ändern, dass Bauanträge innerhalb einer gesetzlichen Frist zu entscheiden sind. Die Landesregierung soll bei der Gemeindeprüfungsanstalt (GPA) dafür zu sorgen, dass die Einhaltung der Bearbeitungsfrist von Bauanträgen in das Kennzahlentableau der Kommunalaufsicht einbezogen und bewertet wird. Hierdurch ist auch für die jeweiligen politischen Gremien und die Öffentlichkeit ein Qualitätsvergleich unter den Kommunen möglich. Die Landesregierung soll die Kommunen bei der Einführung eines landesweit einheitlichen Systems zur Einreichung von Bauanträgen in digitaler Form, ähnlich der Berliner Bauaufsichtsbehörde, unterstützen und fördern.

Auch die Form von Bauanträgen in Nordrhein-Westfalen muss endlich zeitgemäß werden. Schon heute tauschen alle an der Herstellung einer Baugenehmigung Beteiligten wie zum Beispiel Architekten, Bauingenieure, Brandschutzgutachter und Vermessungsingenieure alle Daten nur noch digital aus. Das Land Berlin hat nach einem Stufenkonzept zentral ein einheitliches elektronisches Sachverfahren für die Behörden der Berliner Bauaufsicht eingeführt. Bauanträge können in elektronischer Form gestellt, bearbeitet, weitergeleitet und beschieden werden. Das neue Verfahren hilft, die Bearbeitungszeiten von Vorgängen zu verkürzen. Solch ein System wäre ein zweiter Schritt zur Beschleunigung von Bauantragsverfahren. Die Landesregierung redet von Digitalisierung, setzt sie aber nicht in die Tat um.

Schluss mit rot-grüner Schönrechnerei

Wann hört Rot-Grün endlich mit den Zahlentricksereien auf? Wieso hält das Land die ursprünglich vorgesehene Zielmarke von 3.000 Familienzentren nicht ein und sichert sie finanziell im Haushalt 2017 ab? Die Landesregierung lobt die Familienzentren als „Herzstücke der Prävention“ und verschleppt dabei deren landesweiten Ausbau. Statt endlich, wie damals von der CDU-geführten Landesregierung angestrebt, 3.000 Familienzentren landesweit zu fördern, gibt es in Nordrhein-Westfalen zurzeit 2.500 Familienzentren. Die Regierung Kraft vertuscht diesen Umstand, indem sie davon spricht, dass 3.400 Kitas als Familienzentren arbeiten. Das ist Schönrechnerei und liegt schlicht an der großen Anzahl von Verbundfamilienzentren. Die Landesregierung gefährdet mit ihrer Politik die Idee, dass Familienzentren flächendeckend für alle Familien in Nordrhein-Westfalen – unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in der Stadt wohnen, ob sie arm oder reich sind – offenstehen.

Jüdisches Leben gehört zu Nordrhein-Westfalen

Der 9. November ist ein wichtiger Teil des kulturellen Gedächtnisses unseres Landes und eine Mahnung, aus der Geschichte zu lernen. Die am 9. November 1938 an den jüdischen Mitbürgern begangenen Verbrechen waren ein Tabubruch, der dem millionenfachen Mord an den europäischen Juden den Weg bereitet hat. Hass und Gewalt gegen religiöse, ethnische oder andere Minderheiten darf es nie wieder geben.

Die CDU-Landtagsfraktion ist sich mit den Vertretern der jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen einig, dass das Leben der jüdischen Mitbürger sowie die Synagogen, Gemeindehäuser und Schulen geschützt werden müssen. Niemand, der in Nordrhein-Westfalen lebt, soll sich um seine Gesundheit oder sein Leben fürchten müssen.

Die Unionsfraktion freut sich über das Wachstum der jüdischen Gemeinden in Nordrhein-Westfalen. Ein weiterentwickelter Staatsvertrag muss der positiven Entwicklung der Mitgliederzahlen und der Neugründungen von Einrichtungen wie Schulen ebenso Rechnung tragen wie dem leider wachsenden Bedarf an Sicherheitstechnik und Sicherheitspersonal für die jüdischen Einrichtungen im Land.